

Die Linke im Mittelfränkischen Bezirkstag c/o Uwe Schildbach
Schenkstraße 27, 91522 Ansbach

An den
Bezirkstagspräsidenten
Richard Bartsch
Bezirk Mittelfranken
Danziger Straße 5

91522 Ansbach

Vorfahrt für Soziales!
DIE LINKE.
im Mittelfränkischen Bezirkstag

Bezirksrat
Uwe Schildbach

Schenkstraße 27

91522 Ansbach

Telefon: 0981-86492
Mobil: 0172-9093594

Email:

Uwe.Schildbach@web.de

Ansbach, 24.05.2016

Antrag/ Änderung der Unternehmenssatzung KU Bezirkskliniken Mittelfranken

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident,

der Bezirkstag von Mittelfranken möge folgenden Beschluss fassen:

Die Unternehmenssatzung des Kommunalunternehmens Bezirkskliniken Mittelfranken, Anstalt des öffentlichen Rechts des Bezirks Mittelfranken, wird unter § 7 –Zuständigkeit des Verwaltungsrats- um den Absatz 2.1 erweitert:

- Im Rahmen einer Regelkommunikation, legt der Vorstand den Verwaltungsratsmitgliedern regelmäßig sämtliche Gefährdungs- und Überlastungsanzeigen aus den Bezirkskliniken Mittelfranken vor-

Begründung:

Überlastungs- und Gefährdungsanzeigen sind ein wichtiger Hinweis auf mögliche Konflikt- und Schwachstellen im Unternehmen und dürfen weder von der Geschäftsleitung ignoriert noch dem Verwaltungsrat vorenthalten werden. Oftmals sind Überlastungs- und Gefährdungsanzeigen auch ein letzter Hilferuf der Beschäftigten, um auf Arbeitsüberlastung aufmerksam zu machen. Bedauerlicherweise häufen sich Überlastungs- und Gefährdungsanzeigen inzwischen auch bei den Bezirkskliniken Mittelfranken.

Die Mitglieder des Verwaltungsrats des Kommunalunternehmens Bezirkskliniken Mittelfranken, welche den Vorstand H. Nawratil bei seiner Geschäftsführung zur Umsetzung des Zukunftskonzept zur Sanierung der Bezirkskliniken überwachen sollen, dürfen nicht nur die kurzfristige ökonomische Entwicklung des KU im Auge haben.



Vielmehr sollten sich die Verwaltungsratsmitglieder auch mit den negativen Auswirkungen einer Sparpolitik, welche einhergeht mit Betten-Überbelegungen, Mangelversorgung, Anhäufung von Überstunden, Absenkung der Personalquote und einer zunehmenden Arbeitsverdichtung im Krankenhausalltag auseinandersetzen.

Dazu müssen den Verwaltungsratsmitgliedern aber auch alle notwendigen Informationen dargelegt werden.

Eine entsprechende Satzungsänderung zur Offenlegung der Überlastungs- und Gefährdungsanzeigen könnte einen wesentlichen Beitrag dazu leisten.

Mit freundlichen Grüßen



Uwe Schildbach
Bezirksrat